Stadt Kamen

Niederschrift

über die 2. Sitzung
des Behindertenbeirates
am Dienstag, 27. Juni 2000
in Kamen-Südkamen,
Martin-Luther-King Werkstätten,
Südkamener Str. 52,

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
- Frau Ciecior
- Frau Hartig
- Frau Jung

Ratsmitglieder CDU
- Herr Eisenhardt
- Herr Plümpe
- Herr Weber

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD
- Frau Ratzke
- Herr Schulze-Braucks
- Frau Werner

Vertreter der Gruppen und Verbände
- Herr Bahl
- Herr Eißer
- Frau Fischer
- Frau Haupt
- Herr Krüger
- Herr Maaß
- Herr Schlüter
- Frau Tönnes
- Frau Unseld
- Frau van Lück
- Herr Vehring
- Frau Zimmer

Verwaltung
- Herr Eichler
- Herr Güldenhaupt
- Herr Steffen

entschuldigt fehlten
Frau Finkemeier
Herr Grasse
Herr Hackländer
Frau Keil
Herr Kloß
Frau Lenkenhoff
Herr Skodd

Die Vorsitzende Frau **Jung** begrüßte die Beiratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Herrn der Presse sowie Herrn Stamer von der Martin-Luther-King Werkstatt und Herrn Goebel von der Agentur „Der Kreisel“.

Anschließend stellte sie die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung fest und eröffnete die Sitzung.

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Vorstellung der Martin-Luther-King Werkstätten in Südkamen Herr Stamer	
2.	Vorstellung der Agentur für bürgerschaftliches Engagement im Kreis Unna "Der Kreisel" Herr Goebel	
3.	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung der Martin-Luther-King Werkstätten in Südkamen
Herr Stamer

Herr **Stamer** begrüßte die Anwesenden und lud zunächst zu einer Begehung in die Werkstätten ein. Nach dem Rundgang begann Herr **Stamer** mit seiner Vorstellung der Martin-Luther-King Werkstätten, bei der er zunächst Herrn Bartusch als technischen Leiter und die Beiratsmitglieder Frau Spyra und Frau Unseld als Sozialarbeiterinnen dieser Einrichtung vorstellte.

Anschließend beschrieb er die Werkstätten, in denen insgesamt 577 Beschäftigte mit einem Mitarbeiterstamm von 114 Personen tätig seien. In der Hauptwerkstatt in Südkamen gibt es 311 Beschäftigte. Die anderen Beschäftigten arbeiten in drei weiteren Einrichtungen in Bergkamen (Nicolai, Schacht 3 und im Hafengebiet in Rünthe) und sind wie alle anderen Beschäftigten auch sozialversichert. Nach 20 Jahren Beschäftigung in einer Werkstatt könne vom Rententräger eine EU-Rente gewährt werden, die regelmäßig zwischen 800,00 DM bis ca. 1.200,00 DM betrage. Diese Rente werde auch weiterhin neben dem Verdienst in der Werkstatt gezahlt. Der Durchschnittsverdienst der Beschäftigten in der Werkstatt von 430,00 DM sei im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sehr hoch. Die Entlohnung orientiere sich an den Erlösen und die seien aufgrund der guten Auftragslage entsprechend. Das Mindestentgelt betrage 125,00 DM/Monat. Das Höchstentgelt belaufe sich auf 1.250,00 DM.

Frau **Hartig** erkundigte sich danach, wieviele Beschäftigte in einer Gruppe arbeiten.

Herr **Stamer** erläuterte, dass die Gruppen in den Werkstätten über einen Personalschlüssel verfügen, der sich an dem Bereich orientiere, in dem sie eingesetzt sind. Im Trainingsbereich betrage dieser 1:6 und ansonsten 1:12. Es gebe auch Gruppen mit einem Personalschlüssel von 1:15 oder 1:20. In der Gärtnergruppe betrage er nur 1:3 oder 1:4 und bei den Schwerstbehinderten manchmal sogar 1:1. Dies sei grundsätzlich eine Angelegenheit der Werkstatt, wie sie ihr Personal einsetze und die Gruppengröße gestalte.

Herr **Eisenhardt** bat um Auskunft, ob durch diese Einrichtung der regionale Bedarf gedeckt werde.

Herr **Stamer** erklärte, die Werkstatt habe mit einem Angebot von 300 Arbeitsplätzen begonnen und biete mittlerweile 577 Personen eine Beschäftigung. Der Bedarf sei weiter steigend, so dass im September weitere 22 bis 25 Beschäftigte aufgenommen werden. Es sei zwar eine latente Überbelegung zu beobachten, in Zukunft sei aber durch eine altersbedingte Fluktuation mit einem Rückgang zu rechnen, so dass es gegenwärtig sinnvoll ist, die Entwicklungen zunächst einmal abzuwarten.

Frau **van Lück** fragte nach der medizinischen und pflegerischen Betreuung in der Einrichtung.

Herr **Stamer** führte aus, dass zwar heilpädagogisches Fachpersonal und Arbeitsmediziner vorhanden seien, aber eine ärztliche Betreuung in der Einrichtung nicht stattfinde.

Die Beschäftigten besuchen ihren Hausarzt, welches ihnen jederzeit ermöglicht werde.

Herr **Plümpe** bat um Auskunft, ob die Beschäftigten auch in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt würden.

Herr **Stamer** entgegnete, dass dies versucht werde, jedoch nur in speziellen Einzelfällen gelinge.

Herr **Maaß** erkundigte sich danach, ob Beschäftigte, die außerhalb eine Arbeit gefunden hätten, ihre sozialen Kontakte zur Werkstatt weiter pflegen könnten.

Herr **Stamer** machte deutlich, dass es schwer möglich sei, dann noch Kontakte zu den ehemaligen Kollegen zu halten. Die Werkstatt sei eine teilstationäre Einrichtung, so dass die Beschäftigten nachmittags wieder bei ihren Angehörigen seien.

Frau **Jung** bat um Informationen zum Tagesablauf der Beschäftigten.

Herr **Stamer** erklärte, dass die Beschäftigten um 7.45 Uhr ihre Arbeit aufnehmen und um 16.15 Uhr beenden mit einer Mittagspause von einer Stunde. Die Pause könne jedoch auch sehr variabel gehandhabt werden, insbesondere im Bereich der Schwerstbehinderten. Ansonsten liege bei den Beschäftigten eine hohe Identifikation mit ihrer Arbeit vor, die dazu führe, dass sie sehr an der Erfüllung ihrer Arbeit interessiert seien. Es erfolgen aber auch therapeutische Maßnahmen während der Arbeitszeit. Die leistungsfähigeren Beschäftigten wollen jedoch im wesentlichen arbeiten und weniger begleitende therapeutische Maßnahmen.

Frau **van Lück** erkundigte sich nach Kooperationen mit anderen Häusern.

Herr **Stamer** entgegnete, dass es z. B. Kooperationen mit dem Pröbsting-Haus, der Einrichtung Wohnen auf Zeit und der Lebenshilfe Unna gebe.

Herr **Plümpe** fragte nach den Einstellungsvoraussetzungen für die Einrichtung.

Herr **Stamer** erläuterte, dass ein Fachausschuss über die Aufnahme entscheide. Voraussetzung sei, dass eine Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht möglich und der Beschäftigte weitgehend unabhängig von Pflege sei. Desweiteren müsse eine gewisse Mindestleistungs- und Gemeinschaftsfähigkeit vorliegen. Außerdem muss die gesetzliche Schulpflicht absolviert und eine Beratung durch das Arbeitsamt erfolgt sein.
Er fügte ergänzend hinzu, dass beabsichtigt sei, die Rechtstellung der Behinderten zu verbessern. Außerdem sei in der Diskussion, den Beschäftigten Werkstattverträge anzubieten, um eine bessere atmosphärische Grundlage zu schaffen. In diesem Zusammenhang seien auch Arbeitnehmervertretungen vom Gesetzgeber vorgesehen.
In der Martin-Luther-King Werkstatt sei bereits seit 25 Jahren ein Betriebsrat installiert, daneben auch eine Angehörigenvertretung. Desweiteren werden regelmäßig Besprechungen durchgeführt.

Herr **Eisenhardt** bat um Informationen, wie die Initiative zu den Werkstatträten entstanden sei.

Herr **Stamer** erklärte, dass die Initiative von den Verbänden ausgegangen sei. Es hätten sich auch landesweite Werkstatträte und Dachorganisationen gebildet.

Frau **Jung** bat um Informationen über den im Neubau eingerichteten Therapieraum.

Herr **Stamer** erläuterte, dass dieser Therapieraum, auch bekannt als Snoezeln-Raum, aus Holland bekannt sei. Snoezeln bedeute schnüffeln, stöbern. Dieser Snoezeln-Raum sei insbesondere ein Angebot an Menschen mit großen Handicaps. Er biete verschiedene Möglichkeiten, um die Wahrnehmung zu stärken und den Menschen zu beruhigen. Dieses Angebot habe sich weitgehend bewährt und durchgesetzt.

Frau **Fischer** erkundigte sich nach Therapieräumen in anderen Einrichtungen.

Herr **Stamer** wusste noch von Snoezeln-Räumen im Haus Königsborn und in der Kinderklinik zu berichten, die alle aber nur als stationäres und nicht als ambulantes Angebot gelten.

Nachdem keine Fragen mehr offen waren, bedankte sich Frau **Jung** bei Herrn Stamer für die ausführlichen Informationen zu den Werkstätten und schloss den TOP 1.

Zu TOP 2.

Vorstellung der Agentur für bürgerschaftliches Engagement im Kreis Unna "Der Kreisel"
Herr Goebel

Herr **Goebel** berichtete, dass die Agentur „Der Kreisel“ ihren Ursprung vor ca. 2 Jahren hatte. Zu dieser Zeit hatten sich verschiedene Vertreter von Wohlfahrtsverbänden das Ehrenamt zum Thema gemacht, welches wieder mehr Aufmerksamkeit bekommen hatte. Die Träger der Wohlfahrtsverbände hatten sich entschlossen, den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) und die Diakonie als geschäftsführende Verbände einzusetzen. Danach wurde die Agentur „Der Kreisel“ installiert. Das Projekt und die Finanzierung seien für drei Jahre gesichert. Seit Januar diesen Jahres sei eine Verwaltungskraft für den „Kreisel“ tätig. Ferner werden weitere vier Stellen über das Programm Arbeit statt Sozialhilfe gefördert. Seine eigene Stelle werde als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für zunächst ein Jahr gefördert. Außerdem sei noch der Kreis Unna, das Arbeitsamt und der DPWV und die Diakonie mit ihrer Logistik beteiligt. Später könne ggfs. auch mit Spenden gerechnet werden.

Nachfolgend schilderte Herr **Goebel**, warum eine Agentur wie „Der Kreisel“, die ehrenamtliche Tätigkeiten koordiniere, wichtig sei. In Berlin und Dortmund hätten sich schon sehr früh solche Agenturen gebildet. Der Ursprung der ehrenamtlichen Arbeit liege aber bei den Kirchen und Gewerkschaften. Das Interesse habe aber aus verschiedenen Gründen nachgelassen. Zum einen sind die Leute heute nicht mehr so häufig in Kirche und Gewerkschaften engagiert. Zum anderen verbinden sie mit ehrenamtlicher Tätigkeit auch ihre eigenen Ziele und wollen sich meist nur kurzfristig, z. B. in Projekten, binden.

Dies gelte insbesondere für junge Leute, denen die ehrenamtliche Tätigkeit Spaß und Sinn machen und möglichst noch einen Bezug auf die zukünftige berufliche Laufbahn bieten sollte. Bei den älteren Menschen stehe eher der Gestaltungswille und das Helfen im Vordergrund.

Zum Aufgabenbereich des „Kreisels“ gehöre das Vermitteln von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen; Projekte installieren, Ideen entwickeln, sammeln und Gruppen finden, die die Ideen umsetzen; Lobbyarbeit und Beratungen, soweit sie nicht bereits durch andere abgedeckt wird.
Zunächst werde Kontakt zu Vereinen und Trägern aufgenommen und ermittelt, welche ehrenamtliche Arbeiten mit welchem Tätigkeitsprofil ausgeführt werden sollen. Vor Ort werde dann geklärt, welche Tätigkeiten zu welchem Projekt passen. Jeder der sich angesprochen fühle könne sich bei der Agentur in Unna melden. Dort werden auch die ersten Gespräche geführt und entsprechend weiter vermittelt. Zurzeit werde ein Katalog mit allen angebotenen Tätigkeiten erstellt. Dieser Katalog beinhalte derzeit 30 ehrenamtliche Tätigkeiten und soll weiter ausgebaut und aktualisiert werden. Ziel sei ein nach Regionen im Kreis Unna unterteilter Katalog mit 100 Tätigkeiten. In den einzelnen Städten im Kreis Unna sollen auch autonome ehrenamtliche Gruppen etabliert werden, wobei die Zentralstelle in Unna angesiedelt sei. Eine erste Außenstelle werde ab dem 02.07. 2000 in Lünen eingerichtet, die zwei halbe Tage je Woche besetzt sein wird.

Herr **Eisenhardt** erkundigte sich danach, ob die Agentur einer Kosten-Nutzen-Analyse standhalte und der Katalog im Internet veröffentlicht werde.

Herr **Goebel** erklärte, dass der Katalog auch über das Internet veröffentlicht werde. Die Ideen und deren Umsetzung bezüglich des Internetangebots sollen mit Jugendlichen verwirklicht werden. Die Wirtschaftlichkeit werde wohl nicht nachweisbar sein, da viele der Leistungen nicht in Mark und Pfennig messbar seien.

Herr **Eisenhardt** fragte nach dem Angebot im Behindertenbereich.

Herr **Goebel** antwortete, dass z. B. in einer Einrichtung in Lünen Begleiter für deren Ausflugsfahrten eingesetzt werden.

Herr **Weber** fragte nach, ob schon die Relation zwischen denen, die ehrenamtlich tätig und denen, die diese Tätigkeiten abfragen werden, erkennbar sei.

Herr **Goebel** verneinte diese Frage und fügte ergänzend hinzu, dass vordringlich der Katalog erstellt und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden müsse.

Frau **Jung** bat darum, dass dem Gremium ein Exemplar des Katalogs zur Verfügung gestellt würde.

Herr **Goebel** übergab ein Exemplar, gab aber zu Bedenken, dass dessen Aktualität schnell überholt sei.

Nachdem keine Fragen mehr offen waren, bedankte sich Frau **Jung** bei Herrn Goebel für die ausführlichen Informationen zur Agentur „Der Kreisel“ und schloss den TOP 2.

Zu TOP 3.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Frau **Jung** verlas ein Schreiben der Frau Keil, in dem sie darum bat, sich des Problems der auf dem Gehweg parkenden PKW´s in der Bogenstraße anzunehmen.
Herr **Krüger** berichtete, dass ihm in letzter Zeit ein vermehrtes Aufkommen von Fahrradfahrern in der Innenstadt, insbesondere in der Adenauerstraße, aufgefallen sei, die sich auch zunehmend rücksichtsloser verhalten. Er regte an, dass sich der Verkehrsausschuss doch damit befassen möge.

Herr **Güldenhaupt** schlug vor, dieses Problem verwaltungsintern zunächst mit den Kollegen des Fachbereichs Bauen zu klären, in der nächsten Beiratssitzung davon zu berichten und ggf. anschließend einen Antrag an den Verkehrsausschuss zu formulieren.

Die Beiratsmitglieder schlossen sich einhellig diesem Vorschlag an.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

4.1.1 Wohnheim für Suchtgeschädigte

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass in Kamen ein Wohnheim für Suchtgeschädigte in Planung sei. Die Caritas habe sich dieser Angelegenheit angenommen und die Katholische Kirchengemeinde wolle ein entsprechendes Grundstück anbieten. Die Standortfrage sei aber noch nicht endgültig geklärt. Ein erstes Gespräch dazu hat in der vergangenen Woche stattgefunden. Die Verwaltung werde die Planungen weiter begleiten und zu gegebener Zeit weiter berichten.

4.1.2 Vorträge zum Thema Schmerztherapie

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass die VHS die Anregung über ein Vortragsangebot über Schmerztherapie angenommen habe. Am 04.11.1999 und 03.04.2000 hätten die Vorträge „Warum in Deutschland Schmerztherapie mangelhaft ist“ und „Volkskrankheit Kopfschmerz“ im VHS-Haus stattgefunden.

4.1.3 Bedarfsermittlung von behindertengerechten Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

Herr **Steffen** teilte mit, dass Herr Skodd in der letzten Sitzung angeregt hatte, von der Verwaltung die Anzahl gehbehinderter Kinder und Jugendliche ermitteln zu lassen, um einen möglichen Bedarf an behindertengerechten Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in Kamen zu klären. Eine entsprechende Anfrage sei bereits an das Landesversorgungsamt gerichtet worden.

4.1.4 Schlüssel für Behindertentoilette

Herr **Steffen** wies daraufhin, dass die Anschaffung eines Schlüssels für die Behindertentoiletten, wie im Wegweiser für Senioren und Behinderte (S. 114 / s. Anlage zur Niederschrift) beschrieben, mit Kosten von einmalig 25,00 DM verbunden sei. Bisher betrugen die Kosten 20,00 DM.

4.2 Anfragen

4.2.1 Herr **Eisenhardt** erkundigte sich danach, ob es einen zentralen Ansprechpartner für Eltern von behinderten Kindern und Jugendlichen gebe.

Herr **Steffen** entgegnete, dass der kinderpsychologische Dienst des Kreisgesundheitsamtes, Frau Dr. Ziegel, angesprochen werden könne.

4.2.2 Desweiteren bat Herr **Eisenhardt** um Informationen, ob die Förderung für die 30 Wohnheimplätze am Pröbstinghaus geklärt sei.

Herr **Steffen** erklärte, dass es sich auch für heute angeboten hätte, hierüber zu berichten. Doch seien die Planungen noch nicht abgeschlossen, weshalb auch Herr Puls nicht zugegen sei. Sobald diese Planungen abgeschlossen seien, werde man Herrn Puls zu einer Beiratssitzung einladen.

gez. Jung
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer